

Stimme für den Frieden abgaben. Bei dieser Volksbefragung hatten sich die leitenden Genossen von Telefunken „verdrückt“ und erklärten nachher: „Wir durften uns nicht sehen lassen; denn wenn wir hervortreten, verlieren wir unseren Arbeitsplatz.“

Statt durch vorbildliche Gewerkschaftsarbeit im DGB und FDGB die Interessenvertretung ihrer Kollegen zu übernehmen, das Vertrauen der Belegschaft zu gewinnen und ihre Solidarität im Friedenskampf zu entwickeln, sind die betreffenden Genossen von Telefunken vor dem Terror der Konzernleitung zurückgewichen. Gerade dadurch erleichtern sie es den Konzernherren und den rechten DGB-b'führern, sie bei der ersten besten Gelegenheit aus dem Betrieb zu entfernen.

Dieses Beispiel zeigt sehr anschaulich das Sektierertum und Zurückweichen dieser Genossen. Die Ursachen hierfür sind ein mangelhaftes Vertrauen in die Kraft des Friedenslagers und die Kraft der Arbeiterklasse, Unterschätzung des Ernstes der Kriegsgefahr. War diesen Genossen von Telefunken bewußt, daß der Adenauer-Kurs der Reuter-Koalition zur Durchführung der Washingtoner Beschlüsse, zur verschärften Remilitarisierung und Lebensverschlechterung führt, dann würden sie ihre große Verantwortung erkennen und auch bereit sein, Opfer im Kampf um die Rettung der deutschen Nation und die Sicherung des Friedens zu bringen. Diese Opfer würden in keinem Verhältnis zu dem fürchterlichen Unheil stehen, das ein dritter Weltkrieg auch für sie mit sich brächte. Wären diese Genossen von der festen Zuversicht erfüllt, daß den Kräften des Friedens die Zukunft gehört, daß wir im Kampf gegen die amerikanischen und deutschen Imperialisten des Sieges sicher sind, hätten sie zweifellos anders gehandelt.

Dann hätten sie es auch verstanden, durch zähe, beharrliche und gründliche Aufklärungsarbeit im Betrieb, erfolgreich den Massenkampf gegen die Remilitarisierung und deren Folgen zu organisieren, und damit das eigene persönliche Risiko im Friedenskampf ständig vermindert. Eine Änderung bei Telefunken kann also nur erfolgen, wenn die Kreisleitung Tiergarten, gestützt auf die bewußtesten Genossen von Telefunken, in der dortigen Grundorganisation eine Klärung und eine kämpferische Auseinandersetzung über diese Grundfragen herbeiführt.

Die Berliner Parteiorganisation kann diese Erscheinung des Sektierertums und des Zurückweichens nur überwinden, indem sie ideologische Klarheit schafft. Genosse Fred Oelßner wies an Hand eines Beispiels in seinem Referat auf der Parteiaktivtagung darauf hin, daß die imperialistische Bourgeoisie sehr gut weiß, „daß sie in der Arbeiterklasse ihre ernsthaftesten Gegner hat. Sie versucht deshalb, die proletarischen Reihen zu schwächen, indem sie den Arbeitern Unglauben an ihre eigene Kraft einflößt... Es gibt keine Klasse, die so stark wäre wie die Arbeiterklasse; auch dort nicht, wo diese vorübergehend unterdrückt wird. Die Arbeiterklasse ist der Hauptträger der Produktion, sie ist die Klasse, von der die Zukunft der Menschheit abhängt... Die Arbeiterklasse ist eine gewaltige Macht, sie muß nur organisiert und richtig geführt werden.“

Das eben ist die Aufgabe der Partei. Hier liegen ernste Versäumnisse der Landesleitung und der Kreisleitungen vor.

Der Friedenskampf der Bevölkerung Westberlins wird unter den harten Bedingungen des imperialistischen Machtapparates der amerikanischen und deutschen Konzernherren geführt, die schrittweise zu faschistischen Methoden überzugehen versuchen.

Der demokratische Sektor Berlins hat die verantwortliche Aufgabe, im Kampf um die Zukunft der Hauptstadt Deutschlands als Beispiel und Vorbild voranzugehen und die Entfaltung der Volksbefragung in Westberlin zur Volksbewegung für die Rettung der deutschen Nation und die Einheit Berlins mit allen Kräften zu unterstützen. Trotz unbestreitbarer Erfolge bei der Lösung dieser Aufgaben

zeigen sich auch im demokratischen Sektor bei manchen Genossen noch sehr ernste Erscheinungen des Sektierertums und des Zurückweichens. Während es in zahlreichen Fällen gelang, die führende Rolle der Partei bei der Verwirklichung der Betriebskollektivverträge zu sichern und dabei die innergewerkschaftliche Demokratie und die Aktions einheit für den friedlichen Aufbau zu gewährleisten, gab es in einigen Betrieben Erscheinungen des Kommandierens und des Zurückweichens vor der Aufklärungsarbeit.

Bei den Berliner Metallhütten und Halbzeugwerken (BMHW) hat der Betriebsleiter Genosse Toop in keiner Weise bei der Vorbereitung des Betriebskollektivvertrags mitgewirkt. Er hat sich insbesondere bei den Arbeiten für den Rohentwurf völlig desinteressiert gezeigt. Auch der Kulturdirektor Genosse Beyer und der Parteisekretär Genosse Schulz haben es nicht für notwendig gehalten, bei den Genossen in der Grundorganisation innerhalb der Gewerkschaftsgruppen und somit in der ganzen Belegschaft Klarheit über alle Probleme des Betriebskollektivvertrags zu schaffen.

Im VEB Fortschritt, Werk I, im Kreis Lichtenberg wurde die Genossin Stäblov in einer Abteilungsversammlung von allen Kollegen als Delegierte vorgeschlagen. Genossin Stäblov lehnte ab und begründete ihr Zurückweichen vor dieser, einer der gegenwärtig wichtigsten Arbeit mit der aufschlußreichen Ausrede, sie könne nicht annehmen, „weil sie zu viel Arbeit“ hätte! Das zeigt uns, daß diese Genossin noch nicht verstanden hat, daß die Verwirklichung des Betriebskollektivvertrags jetzt das Hauptkettenglied der Gewerkschaftsarbeit im Kampf um die weitere Verbesserung des Lebensstandards ist. Sie wich vor rüdeständigen Stimmungen im Betrieb zurück, die vom Klassenfeind in die Belegschaft getragen werden. Solche Genossen haben kein Vertrauen zur Klasse und zur Initiative der Arbeiter. Sie lernen nicht aus den Erfolgen z. B. bei TRO, Bergmann-Borsig oder der Bewag, wo die Belegschaften aktiv die Verwirklichung des Betriebskollektivvertrages sichern, weil ihnen in beharrlicher Aufklärungsarbeit vor Augen geführt wurde, daß sie damit für sich selbst und für unser ganzes Volk, also für ihre eigenen Lebensinteressen, arbeiten:

„Denn kein Arbeiter, kein denkender Mensch überhaupt handelt gegen seine Interessen, wenn er sie sieht.“ (Genosse Rudolf Herrnstadt in seinem grundlegenden Artikel über den Kampf um den Betriebskollektivvertrag, über den Kampf um den Menschen: „Kollege Zschau und Kollege Brumme“.)

Der Artikel des Genossen R. Herrnstadt bedeutet auch für alle Leitungen und Mitglieder der Berliner Parteiorganisation eine bedeutsame Hilfe und gründliche Anleitung für eine entscheidende Verbesserung der ideologischen Arbeit auf dem Gebiet und für die energische Beseitigung aller Tendenzen des Zurückweichens und des Kommandierens.

Der Bevölkerung Westberlins wird durch die Westberliner Hetzpresse und den Lügen-Rias der Inhalt der Regierungserklärung und Volkskammererklärung vorenthalten oder in völlig entstellter Form wiedergegeben. Sie verlangt deshalb mit wachsendem Nachdruck nach Aufklärungsmaterial und klärender Diskussion. Mit dankbarer Aufgeschlossenheit empfing die Bevölkerung des Berliner Arbeiterviertels Wedding die erfolgreiche Friedensdemonstration und Diskussion am 3. Oktober. Die Friedenskräfte des demokratischen Sektors, die zur Unterstützung an dieser Westberliner Friedensaktion teilgenommen und den Terror erfolgreich durchbrochen hatten, kehrten stolz und mit gestärktem Kraftgefühl zurück.

Hoffentlich haben es auch die Genossen des Berliner Glühlampenwerkes eingesehen, die vorher durchaus nicht zu bewegen waren, den Friedenskampf in Westberlin zu unterstützen, und vor diesen wichtigen politischen Aufgaben mit dem Einwand der Unabkömlichkeit zurückgewichen sind. In diesem Fall hat die Diskussion in der Grundorgani-

(Fortsetzung Seite 8)